

**Leitantrag**  
**„Der Weg zu 100 % Erneuerbaren Energien für Dresden und**  
**Ostsachsen“**  
**zum Stadtparteitag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dresden am**  
**15. September 2012**

### **1. Im Angesicht der Klimakatastrophe**

Der Klimawandel beschleunigt sich. Die durchschnittliche kontinentale Temperatur ist in den vergangenen 50 Jahren um 0,8 °C angestiegen gegenüber 0,6°C in den davor liegenden 200 Jahren (IPPC 2007). In Dresden lag die mittlere Jahrestemperatur in den letzten drei Jahrzehnten durchschnittlich um mehr als 1°C höher als im langjährigen Mittel. Die Temperaturtrends zeigen weltweit weiter nach oben. Katastrophale Dürren bedrohen inzwischen nicht nur das Leben von Millionen Menschen in Afrika, sondern auch die Getreideerträge in Nordamerika und damit die weltweite Nahrungsmittelversorgung. Das weltweit akzeptierte Ziel, die Erderwärmung um nicht mehr als 2°C steigen zu lassen, erscheint kaum noch erreichbar.

Ursache des rasanten Klimawandels sind die seit dem Kohle- und Ölzeitalter explosionsartig gestiegenen Emissionen von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen. Der atmosphärische Kohlendioxidgehalt, der über die letzten Jahrtausende zwischen 250 und 300 ppm (parts per million) lag, ist seit 1950 auf inzwischen 392 ppm exponentiell angestiegen (IPPC 2007).

Zur Verhinderung einer globalen Klimakatastrophe müssen die weltweiten Treibhausgasemissionen um 50% seit 1990 bis zum Jahr 2050 vermindert werden, um die durchschnittliche globale Erwärmung auf 2°C zu begrenzen. Nur diese Begrenzung erhält uns die Chance, uns an den Klimawandel anzupassen. Anstatt aber zu sinken, steigen die weltweiten Emissionen an!

Mehr als zwei Tonnen Kohlendioxidäquivalent Emissionen pro Jahr pro Erdbewohner im Durchschnitt sind nicht klimaverträglich. Da die sich entwickelnden Länder Emissionsspielräume brauchen, müssen die Industriestaaten die Pro-Kopf-Emissionen auf eine Tonne reduzieren. Zum Vergleich: in Deutschland liegen die CO<sub>2</sub>-äquivalenten Emissionen pro Kopf derzeit bei über 10 Tonnen<sup>1</sup>, in Dresden genau bei 9,8 Tonnen und in Sachsen bei ca. 14 t im Jahr.

### **2. Ignoranz und Untätigkeit in Stadt und Land**

Gemäß dem Motto „Global denken, lokal handeln“ sind das Land Sachsen und die Stadt Dresden in der Pflicht, im Interesse des Klimaschutzes energische Schritte zum Umsteuern in der Energiepolitik zu unternehmen. Handlungsfelder sind dabei vor allem die Erzeugung elektrischer Energie und die Gebäudewärme, aber auch ein ressourcensparender Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Doch nichts geschieht.

---

<sup>1</sup> UNFCCC 2010

Das Land Sachsen betreibt nach wie vor eine Braunkohlepolitik und setzt mit neuen Kraftwerksprojekten auf die langfristige Nutzung dieser klimaschädlichsten aller Energieformen. Das sächsische Klimaschutzprogramm sieht einen Ausbau des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung bis 2020 auf kümmerliche 33 % vor. Dies bedeutet de facto eine Abbremsung des Ausbautrends.

Dresden ist bereits 1994 dem Klimabündnis der Städte mit den indigenen Völkern beigetreten war und hat sich zum Ziel gesetzt hatte, die Treibhausgasemissionen bis 2010 auf knapp 8 t pro Kopf zu senken. Als absehbar war, dass Dresden dieses Ziel verfehlen würde, anerkannte Dresden das neue Ziel des Klimabündnisses, jeweils alle 5 Jahre eine 10%-ige Minderung zu erreichen und die Treibhausgasemissionen schließlich bis 2075 (!) auf 2,5 t zu reduzieren. Dieses offizielle Klimaziel reicht nicht aus.

Die Anstrengungen Dresdens zum Klimaschutz kommen seit über 10 Jahren nicht voran. Seit der Inbetriebnahme des Gas- und Dampfturbinenkraftwerks Nossener Brücke 1995, dass die Pro-Kopf-Emissionen der Dresdner Bürgerinnen und Bürger auf ca. 10 t pro Kopf senkte, konnten keine entscheidenden Schritte zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen mehr erzielt werden. Zwar konnten bis Ende der 90er Jahre die Emissionen in den Bereichen Strom- und Wärmeerzeugung sowie des Stromverbrauchs in der Industrie und den Privathaushalten jeweils etwa halbiert werden. Dagegen haben sich die Verkehrsemissionen aufgrund des stark anwachsenden Autoverkehrs verdoppelt (Basis 1987)<sup>2</sup>. Eine ernsthafte Klimaschutzpolitik muss die Energieversorgung und die Mobilität möglichst vollständig ohne klimaschädliche CO<sub>2</sub> Emissionen gestalten.

Trotz dieser alarmierenden Zahlen ist weder in der sächsischen Staatsregierung noch bei der Dresdner Stadtverwaltung oder den Mehrheitsparteien in Landtag und Stadtrat ein politischer Wille zum Umsteuern erkennbar. Erfolgreiche grüne Anträge im Stadtrat werden einfach nicht umgesetzt. So unter anderem der Antrag zur Umsetzung der solaren Bauleitplanung, der zum Ziel hat schon die Baugebiete so zu konzipieren, dass eine aktive und passive Solarnutzung möglichst effizient gestaltet werden kann.

### **3. GRÜNE Initiativen für den Klimaschutz in Dresden**

Gleiches gilt für den erfolgreichen Antrag zur Entwicklung von konkreten Handlungszielen aus der Unterzeichnung der Oberbürgermeisterin der Climate City Conference. Trotz Stadtratsbeschluss weigert sich die Verwaltung die wortreichen Bekundungen zum Klimaschutz mit konkreten Maßnahmen zu untersetzen. Auch für den Beschluss zur Hafencity in der Leipziger Vorstadt, welches ein Modellprojekt für einen CO<sub>2</sub>-neutralen Stadtteil werden soll, liegt noch nichts vor. Stattdessen werden die Ziele des Modellprojektes durch die Ansiedlung von Globus konterkariert. Auch

---

<sup>2</sup> Im Einzelnen wurden die Treibhausgasemissionen (THG) für die Strom- und Fernwärmeerzeugung von 2,2 Mio. t im Jahr 1987 auf ca. 1 Mio. t ab 2000, der Stromverbrauch in der Industrie von 2,5 Mio. t THG auf ca. 1 Mio. t, der Stromverbrauch der Haushalte von 0,71 Mio. t auf 0,35 Mio. t vermindert. Die THG aus dem Verkehrssektor stiegen von 0,52 t auf knapp 1 t ab 1994.

die autogerechten Entscheidungen der Stadtratsmehrheit, wie etwa zur Königsbrücker Straße, verhindern eine tatsächliche Kehrtwende.

Andere GRÜNE Initiativen wie die Einführung eines Passivhausstandards für alle kommunalen Neubauten wurden durch den Stadtrat weichgespült und in Prüfaufträge umgewandelt oder diese werden gänzlich abgelehnt, wie die Forderung nach Einrichtung eines Klimaschutzfonds zur Förderung der energetischen Gebäudesanierung. Mit diesem Antrag zum Doppelhaushalt 2011/12 sollte endlich der Stadtratsbeschluss zum 3. Klimaschutzbericht 2008 finanziell untersetzt werden.

Bürgerschaftliches Engagement zur Förderung von Bürgerkraftwerken wird systematisch ausgebremst. Erst seit diesem Jahr ist die Nutzung kommunaler Dächer wieder möglich, allerdings nur gegen Entgelt und nach vorheriger Ausschreibung. In Bezug auf Klimaschutz, Nutzung von Erneuerbaren Energien und Energieeinsparung ist die Öffentlichkeitsarbeit der Stadtverwaltung noch mangelhaft.

#### **4. Das versprochene Dresdner Energie- und Klimaschutzprogramm ist unzureichend**

Das für Anfang des Jahres 2012 angekündigte Energie- und Klimaschutzkonzept der Stadt Dresden liegt noch immer nicht vor. Leider spricht nichts dafür, dass es den Anforderungen gerecht werden kann.

Der Klimaschutz erhält offenbar nur eine untergeordnete Bedeutung. Das CO<sub>2</sub>-Minderungsziel geht nicht über die Vereinbarung des Klimabündnisses hinaus. CO<sub>2</sub> Einsparungen sollen zum Großteil über die Steigerung der Energieeffizienz erreicht werden. Dafür werden Perspektiven der Kraft-Wärme-Kopplung und Fernwärme untersucht. Auch wenn das Heizkraftwerk Nossener Brücke in den 90er Jahren einen wesentlichen Beitrag zur CO<sub>2</sub> Minderung der Stadt Dresden geleistet hat, wird es dennoch mit fossilem Erdgas angetrieben, das CO<sub>2</sub>-Emissionen verursacht, endlich ist und aufgrund Förderpeaks teurer werden wird. Steigende Energieeffizienz bei Elektrogeräten bewirkt wenig, weil es in den Haushalten mehr Geräte gibt.

Obwohl nur 3,1% des Dresdner Stroms erneuerbar erzeugt wird, fehlen konkrete Ausbauziele für die Erneuerbaren Energien. Dabei hat die Stadtverwaltung selbst ermittelt, dass allein in Dresden ein Potential zur Deckung von 60% des Dresdner Strombedarfs aus Solarstrom besteht. Bei der Nutzung der nachwachsenden Rohstoffe bleibt das Biomassepotential aus der Landschaftspflege, trotz zahlreicher Synergieeffekte für den Naturschutz und die Landschaftspflege, völlig außen vor. Windenergieanlagen sind überhaupt nicht vorgesehen.

#### **5. Ein Erneuerbare Energie Bündnis Dresden und Ostsachsen**

Angesichts dieser desolaten Lage haben wir GRÜNE in Dresden uns aufgemacht, mit Unterstützung zahlreicher Fachleute aus Wissenschaft und Technik und im Gespräch mit Vertretern von Energieversorgungsunternehmen und des Naturschutzes ein Konzept für eine zukünftige klimaverträgliche Energieversorgung der Stadt Dresden im Verbund mit der Region Oberelbe und Oberlausitz (Ostsachsen) zu entwickeln. Unser Ziel ist es, den Bedarf an elektrischem Strom in Dresden und Ostsachsen bis zum Jahr 2030 zu 100% aus regional gewonnener

Erneuerbarer Energie zu decken. Unsere Analyse zeigt, dass dieses Ziel natur- und landschaftsverträglich und zu vertretbaren Kosten erreichbar ist.

Der Verbund mit der Region Ostsachsen ist notwendig, da Dresden wie andere große Städte das 100%-Ziel nicht auf dem eigenen Stadtgebiet erreichen kann. Dabei streben wir einen fairen Ausgleich der Vor- und Nachteile an. Dresden sollte selbst bereit sein, auf eigenem Gebiet an geeigneten Orten Windenergieanlagen zu installieren. Dazu bedarf es der Aufnahme von Standorten in die laufenden Planungen des Regionalen Planungsverbands Oberelbe / Osterzgebirge.

Zwar gibt es in Dresden ein hohes und bisher weitgehend ungenutztes Potenzial für Solarenergiegewinnung durch dachgebundene Photovoltaikanlagen („Solardächer“), doch reicht dieses vor allem aufgrund der saisonalen und wetterbedingten Schwankungen nicht aus, den Dresdner Strombedarf zu decken. Die Kapazität der Stadt für Windkraft- und Biomasseanlagen ist hingegen begrenzt.

Aus diesen Gründen muss Dresden den Verbund mit Ostsachsen suchen. Ein solcher Verbund ist geografisch naheliegend, durchführbar und ökologisch sinnvoll. Die Mobilisierung und Ausschöpfung der regionalen Potenziale ist aus Gründen regionaler Wertschöpfung und Arbeitsplätze sinnvoll. Die gemeinsame Holding von DREWAG und ENSO, die Energieversorgung Dresden EVD, ermöglicht eine Abstimmung der Energiepolitik der Landeshauptstadt Dresden, seines Umlands und Ostsachsen. Wir wollen, dass unser regionaler Energieversorger die Chancen der Energiewende ergreift und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Gemeinden der Region in Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien investiert. Wir wünschen uns, dass DREWAG und ENSO mit den Gemeinden Modelle der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürgern auch an Windenergieanlagen anbietet.

## **6. 100 % Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bis 2030 ist machbar - ein mögliches Szenario**

Dresden verträgt und braucht mehr Erneuerbare Energien, um den fossil erzeugten Strom zu ersetzen! Wir wollen zeigen, dass eine Vollversorgung mit erneuerbarem Strom möglich ist.<sup>3</sup>

Gegenwärtig beträgt der Stromverbrauch der Stadt Dresden 2.800 Gigawattstunden pro Jahr (GWh/a) (private Haushalte 600 GWh, Industrie und Gewerbe 2.200 GWh). Im übrigen Ostsachsen beträgt er 5.000 GWh/a. Davon werden gegenwärtig schon knapp 20% (1.450 GWh) aus erneuerbaren Energien (EE) gedeckt. Den Löwenanteil nimmt die Windenergie mit 870 GWh/a ein. Biogasanlagen steuern 295 GWh/a bei, Photovoltaik 210 GWh/a und Wasserkraft 75 GWh/a, das Biomasseheizkraftwerk in Niedersedlitz 65 Mio. kWh Strom (sowie etwa 20 Mio. kWh Wärme pro Jahr). Der Anteil der Stadt Dresden an der EE-Erzeugung liegt dabei lediglich bei 3,1%.

---

<sup>3</sup> Die folgenden Angaben beruhen auf einer Kurzstudie von Stadtrat Dr. Wolfgang Daniels, der auch Präsident der Vereinigung zur Förderung Erneuerbarer Energien in Sachsen ist, veröffentlicht unter:

[http://www.wir-sind-klima.de/fileadmin/user\\_upload/klima/bilder/Energieprogramm\\_WD\\_2030\\_\\_Stand\\_2012\\_07\\_11\\_\\_2.pdf](http://www.wir-sind-klima.de/fileadmin/user_upload/klima/bilder/Energieprogramm_WD_2030__Stand_2012_07_11__2.pdf)

Die weitere Analyse des Ist-Zustandes zeigt, dass das Potenzial der Wasserkraft für die Erzeugung elektrischen Stroms in Ostsachsen weitgehend ausgeschöpft ist. Von dort ist kein wesentlicher Beitrag zum EE-Ausbau zu erwarten. Der Ausbau muss sich folglich auf eine Mischung aus Wind-, Solar- und Biomasseenergie stützen. Ein solcher Mix ist auch deshalb sinnvoll, da die verschiedenen Energieträger unterschiedliche Stärken und Schwächen besitzen und sich bezüglich ihrer saisonalen und wetterabhängigen Verfügbarkeit, Regelbarkeit und Speicherbarkeit sinnvoll ergänzen. Für den Energiemix sind darüber hinaus Flächenbedarf, Natur- und Landschaftsverträglichkeit, die Akzeptanz im Bereich von Wohnbebauung und wirtschaftliche Kosten abzuwägen.

#### *a) Solarstrom*

Beim Flächenbedarf schneidet die Solarenergie am besten ab, da ein großer Teil der Photovoltaikanlagen auf bereits vorhandenen Dachflächen installiert werden kann. Hier liegt auch das größte Potenzial der Stadt Dresden. Laut Solarkataster der Stadt könnten die Dachflächen 60% des Dresdner Strombedarfs decken. Auch in Ostsachsen besteht hier noch ein großes Potenzial. Freiflächenanlagen sollten auf ein Megawatt begrenzt werden. Für die Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen kommen nur jene mit Bodenwertzahlen unter 20 in Betracht.

#### *b) Windenergie*

Für die Stromerzeugung aus Windenergie besteht ein höherer Flächenbedarf. Eine einzelne moderne Windkraftanlage hat einen Flächenbedarf von 0,3-0,5 Hektar versiegelter Fläche bzw. 15 bis 17 Hektar pro Anlage mit Abstandsflächen im Windpark und stellt eine Leistung von 2,3-3,0 MW zur Verfügung. Nach einer Studie der VEE könnten mit 420 zusätzlichen Windkraftanlagen (entsprechen etwa 25 bis 40 neuen Windparks) und dem Repowering von Altanlagen in Ostsachsen eine Windenergieleistung von 1.725 MW aufgebaut werden, das entspricht einer Stromeinspeisung von 4.320 GWh/a. Dafür ergibt sich ein Flächenbedarf von etwa 8.700 Hektar, die einem Anteil von knapp 1 % der Gesamtfläche Ostsachsens oder 1,2 % der wald- und landwirtschaftlich genutzten Fläche entspricht.

Bei diesem geringen Anteil ist, ohne dass bisher eine genaue Standortprüfung vorliegt, ohne Weiteres zu erwarten, dass sich genügend Flächen finden, die zum einen aus windenergetischer Sicht ertragreich genug sind, zum anderen aber nicht wesentlich störend in das Landschaftsbild eingreifen, mit dem Naturschutz kompatibel sind und Windparks einen Abstand von 1000 Meter zur Wohnbebauung besitzen.

Auch Waldgebiete ohne wesentliche Freizeitnutzung mit vorhandenen Freiflächen oder mit ökologisch wenig wertvollen alten Fichtenmonokulturen sind zu prüfen. Bei Windenergieanlagen in Waldstandorten kann die Akzeptanz der Bevölkerung größer sein, da hier die Beeinflussung des Landschaftsbildes geringer ausfallen kann und es sich um Standorte handelt, die sich sehr weit entfernt von Wohnbebauung befinden. Allerdings sprechen möglicherweise auch Aspekte des Naturschutzes dagegen. Ferner ist zu befürchten, dass die Potentiale zum Repowering bestehender Altanlagen nicht ausreichend genutzt werden. Nach einer ersten Analyse der VEE

sind 1% der Waldfläche im Planungsverband Oberelbe 2% der Waldfläche im Planungsverband Niederschlesien-Oberlausitz für die Windkraftnutzung geeignet. Dies wären etwa 200 bis 250 Windkraftanlagen.

Zwar wird der größte Anteil der Anlagen in den Landkreisen Ostsachsens zu errichten sein, doch auch Standorte auf Dresdner Stadtgebiet kommen in Betracht, insbesondere entlang der Autobahn A 17 und in der Umgebung der Autobahnraststätte „Dresdner Tor“. Auch Standorte im Schönfelder Hochland oder bei Langebrück sind in eine Prüfung einzubeziehen.

### *c) Biomasse*

Für einen Ausbau der Biomasseenergieerzeugung sind in erster Linie landwirtschaftliche Anbauflächen notwendig. Nach heutigem Stand der Technik werden die eingesetzten Stoffe energiereiche Pflanzen wie Mais und Raps sein, hinzukommen Gülle und Reststoffe, diese sollten mindestens 50 % betragen.

Für die Produktion von Biogas in einer üblichen Anlage mit 0,75 MW Leistung sind nach heutigem Stand der Technik etwa 200 Hektar Anbaufläche erforderlich. Rechnet man vorsichtig mit einem Anteil von 15 % der Biomasse an einem zukünftigen EE-Mix (in diese Richtung deutet auch die DREBERIS-Studie), so wäre für die Biomasseerzeugung insgesamt ein Flächenbedarf von zusätzlich 28.000 ha notwendig, das sind 6,5% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche Ostsachsens, ein durchaus leistbarer Anteil.

Aus ökologischer Sicht ist der großflächige Anbau von Mais- oder Rapsmonokulturen („Vermaisung der Landschaft“) nicht zu befürworten. Er führt zu einer drastischen Abnahme der Biodiversität sowie zu Belastungen des Bodens und des Grund- und Oberflächenwassers. Es ist daher zu fordern, dass von vornherein die Nutzung zahlreicher Kulturen wie Gras, Zuckerrüben, Sonnenblumen, Lein, Lupine oder Luzerne (insbesondere in Mischkulturen), die Anlage von Kurzumtriebsplantagen, die Nutzung von biologischen Abfällen, Material aus der Landschaftspflege und die Verwendung von Klärschlamm zum Betrieb von Biomassekraftwerken angestrebt werden. Es ist zu erwarten, dass die technische Fortentwicklung der Biomasseverwertung die Nutzung solcher Ausgangsstoffe in den nächsten Jahren ohne Weiteres zu rentablen Kosten ermöglichen wird. Allerdings ist bei dem Einsatz von anderen Pflanzenarten ein höherer Flächenbedarf zu erwarten.

### *d) Weitere Rahmenannahmen*

Inklusive der landwirtschaftlichen Fläche zur Biomassegewinnung sind für eine 100 %-ige Stromversorgung aus Erneuerbaren Energien etwa fünf Prozent der Fläche Ostsachsens notwendig. Ferner gehen wir für dieses Szenario von einer Energieeinsparung von 20 % gegenüber heute aus.

Die Anteile der einzelnen EE-Träger sind in Grenzen veränderlich und werden sich nach bürgerschaftlichem und politischem Willen, wirtschaftlichen Kosten und zukünftigen technologischen Entwicklungen richten. Für den Energiemix sind Flächenbedarf, Natur- und Landschaftsverträglichkeit, die Akzeptanz im Bereich von Wohnbebauung und wirtschaftliche Kosten abzuwägen.

GRÜNE Energie- und Klimapolitik verlangt aber nicht nur den bloßen Aufbau einer 100%igen Stromerzeugung aus EE, sondern auch die Vereinbarkeit mit dem Erhalt des Reichtums und der Vielfalt unserer natürlichen Flora und Fauna, dem Schutz der Vielgestaltigkeit und Ästhetik unserer Landschaft und dem Schutz der Menschen an ihrem Wohnort vor unzuträglichen Emissionen und Belästigungen (Schall, Geruch, Anblick).

Wir legen daher großen Wert auf eine frühzeitige Bürgerbeteiligung bei allen Planungen und Standortausweisungen und Investitionen. Auch die Verbände und Träger des Natur-, Umwelt- und Landschaftsschutzes sind umfassend einzubeziehen.

## **7. Speichertechnologien**

Parallel zum Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung ist auch der Aufbau von Speicherkapazitäten notwendig. Da Wind- und Solarenergie nicht immer komplementär den Strombedarf befriedigen und der Biomasseanteil zur Grundversorgung nicht hoch genug ist, braucht ein regionales EE-Konzept Puffer für Zeiten, in denen der Wind nicht bläst und die Sonne nicht scheint. Es werden ca. 40% Speicherkapazität benötigt. In Bezug auf die zu verwendende Speichertechnologie besteht allerdings noch Untersuchungs- und Forschungsbedarf.

Sachsen verfügt dazu über eine Reihe von Pumpspeicherkraftwerken (z.B. Niederwartha), doch deren Kapazität reicht bei weitem nicht, um die Schwankungen in der Stromerzeugung aus EE über einen längeren Zeitraum auszugleichen. Kapazitäten für einen weiteren Ausbau sind begrenzt, müssen aber gesucht werden, z.B. im ehemaligen Braunkohletagebau oder unterirdisch in alten Bergbaukavernen.

Darüber hinaus muss in großem Maßstab in neue Speicherformen investiert werden. In Frage kommen die Druckluftspeicherung (unter Nutzung unterirdischer Kavernen), die elektrolytische Erzeugung, Speicherung und Verbrennung von Wasserstoff, die Erzeugung von Methangas aus Wasserstoff und Kohlendioxid oder die lokale Speicherung in modernen Batterien. Diese Technologien sind zum Teil noch im Entwicklungsstadium, in den nächsten Jahren ist aber mit wesentlichen Fortschritten zu rechnen. Auch der Aufbau intelligenter Stromnetze und von Systemen zur angebotsabhängigen Verbrauchsregelung ist von großer Bedeutung für eine ausgeglichene Stromversorgung.

## **8. Unsere Forderungen und Handlungsvorschläge**

Auf der Grundlage dieser Fakten und Überlegungen fordern die Mitglieder des Stadtverbandes Dresden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowohl den Freistaat Sachsen als auch die Landeshauptstadt Dresden zu einem tief greifenden Umdenken und Umsteuern und raschem Handeln auf und machen dazu folgende konkrete Vorschläge.

## **Wir fordern vom Land Sachsen:**

1. Das Land Sachsen stellt seine Subventionierung, rechtliche Förderung und politische Unterstützung von Braunkohleabbau und –verstromung ein und konzentriert sich auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien und die konsequente Förderung von Energieeinsparung.
2. Der Landesentwicklungsplan wird darauf orientiert, den sächsischen Strombedarf bis 2030 vollständig aus erneuerbaren Energien zu decken. Als Zwischenziel wird bis 2020 ein Anteil der erneuerbaren Energien von 60 % angestrebt. Das Repowering von Altanlagen wird gefördert.
3. Im Landesentwicklungsplan und in den Regionalplänen werden Vorrangflächen für den Ausbau der Windenergie ausgewiesen in einem Umfang von etwa 1,5 % der Landesfläche.
4. Die Staatsregierung wirkt darauf hin, dass unter dieser Vorgabe umgehend in regionalen Raumordnungsverfahren unter sorgfältiger Berücksichtigung der Belange des Natur- und Landschaftsschutzes, der Abstandsgebote zu Siedlungen und der Wirtschaftlichkeit mögliche Standorte für Windkraftanlagen ausgewiesen werden.
5. Das Land Sachsen unterstützt den Ausbau einer natur- und landschaftsverträglichen Stromerzeugung aus Biomasse durch ein Förderprogramm für Anlagen, die vorrangig pflanzliche Abfälle und Reststoffe, eine Vielfalt von landwirtschaftlich produzierten Grünpflanzen oder Klärschlämme verwenden können und in Kraft-Wärme-Kopplung arbeiten.
6. Das Land erstellt einen Landesstromnetzplan 2020, der die Planungen für die Übertragungs- und Verteilnetze in Sachsen darstellt. Dabei werden vorrangig landschafts- und siedlungsverträgliche Maßnahmen wie die Verlegung von Erdkabeln, der Ausbau entlang bestehender Straßen- und Schienenwege, die Nutzung des Bahnstromnetzes oder Ausbau bestehender Trassen gewählt.
7. Hinsichtlich der Energiespeicher muss weiter geforscht werden. Von der Sächsischen Aufbaubank muss ein Förderprogramm zur Erforschung von Speichertechnologie aufgelegt werden.
8. Das Land Sachsen fördert aktiv die Bürgerbeteiligung am Ausbau der erneuerbaren Energien durch gezielte Werbung und fachliche Beratung für den Aufbau von Energiegenossenschaften und ggf. die finanzielle Unterstützung durch Bürgschaften sowie durch die frühzeitige Bürgerbeteiligung an allen Standortplanungen für Windkraft-, Photovoltaik- oder Biomasseanlagen.
9. Das Land Sachsen legt ein Förderprogramm zur technologieoffenen energetischen CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung auf, welches den im Einzelfall vermiedenen Kohlendioxid ausstoß entlohnt .



## **Für die Landeshauptstadt Dresden fordern wir und regen an:**

1. Die Stadt muss unter der Beteiligung der Bürger, der Wissenschaft, der Wohnungsgesellschaften und der regionalen Wirtschaft ein schlüssiges Klima- und Energiekonzept entwickeln, das die vollständige Stromversorgung aus erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2030 zum Ziel hat.
2. Die Stadt wirkt als Mehrheitsgesellschafter von DREWAG und ENSO in Zusammenarbeit mit den Umlandlandkreisen auf den Aufbau eines Energieverbundes Ostsachsen hin, der konsequent und strukturiert die Umstellung der Stromversorgung in Ostsachsen auf 100 % erneuerbare Energien bis 2030 verfolgt.
3. Die Stadt wirkt als Gesellschafter der DREWAG darauf hin, dass diese sich als Motor der Energiewende neu positioniert und in großem Umfang in Zusammenarbeit mit Energiegenossenschaften und Bürgerkraftwerksteilhabern neue Anlagen der Erneuerbaren Energien initiiert, entwickelt und betreibt.
4. Die Stadt fördert aktiv die Nutzung des vorhandenen Potenzials an Solarenergie für private Haushalte und Gewerbebetriebe. Geeignete Standorte sollen kleinräumig kenntlich gemacht, Haus- und Grundstückseigentümer und Wohnungsgesellschaften gezielt angesprochen, niederschwellige Beratungsangebote geschaffen und bürokratische Hürden auf ein Minimum reduziert werden.
5. Die Stadt wird aufgefordert in Zusammenarbeit mit der DREWAG Windstandorte in Dresden genauer zu untersuchen. Ein Nachweis erfolgt in einem Windkataster. Die Vertreter der Stadt Dresden im Regionalen Planungsverband OEOE werden beauftragt diese Standorte in die Fortschreibung des Regionalplans einzubringen.
6. Die Stadt sucht nach geeigneten Standorten für Biomasseanlagen. Dabei bezieht sie die Nutzung von Klärschlamm, Bioabfällen („grüne Tonne“) und Restmaterial aus dem Garten-, Natur- und Landschaftspflege sowie Holz aus Kurzumtriebsplantagen in die Planung ein.
7. Die Stadt fördert ideell und finanziell das bürgerschaftliche Engagement in Energiegenossenschaften zum Aufbau und Erwerb von EE-Anlagen in Bürgerhand (Bürgerkraftwerken).
8. Die Stadt Dresden errichtet alle kommunalen Neubauten mindestens auf dem Niveau des Passivhausstandards unter der Berücksichtigung realer CO<sub>2</sub>-Bilanzen und entwickelt ein Programm zur energetischen Sanierung ihres gesamten Gebäudebestandes bis 2025 auf dem Niveau des Niedrigenergiestandards. Dazu können auch moderne Finanzierungsmodelle wie Contracting und Intracting genutzt werden.

9. Unter dem Eindruck der mittelfristig realisierbaren hohen Einsparpotenziale bei der Gebäudewärme ist zu prüfen, ob die Modernisierung und der weitere Betrieb des Heizkraftwerks Nossener Brücke noch ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist, ob das Kraftwerk mit Biogas oder Methangas betrieben werden könnte oder durch dezentrale biogasbetriebene Blockheizkraftwerke in den Stadtteilen abgelöst werden sollte.

10. Die Stadt Dresden baut in Zusammenarbeit mit der DREWAG eine niederschwellige und stadtteilbezogene Energieberatung für alle Bürger auf, die besonders die Energieeinsparung bei der Wohnraumwärme und beim Haushaltsstrom zum Ziel hat. Sozial schwache Bürger/Innen sollten dabei besonders angesprochen werden.

11. Die Stadt beauftragt mit der DREWAG, ein Konzept für die zukünftige Auslegung der Wärmenetze unter Einbeziehung des Potenzials der Solarthermie und dezentraler Speicher zu erstellen.

Antragsteller:

Stadtvorstand, Wolfgang Deppe, Johannes Lichdi, Wolfgang Daniels, Werner Ritter, Rüdiger Kubsch, Jan Stoye und Andrea Schubert